

LINKE LISTE REUTLINGEN

Entwurf für ein kommunalpolitisches Programm (Stand 19.03.2009)

Soziale Kommunen: Städte und Gemeinden gehören allen!

Die Grundlagen unserer Politik

Wie in der sogenannten „großen Politik“ sind für uns Linke auch in der Reutlinger Kommunalpolitik vier Grundsätze maßgeblich:

Diese Grundüberzeugungen sind die Richtschnur unseres politischen Handelns:

1. Die Notwendigkeit, in allen Lebensbereichen basisdemokratische Strukturen einzurichten, damit die Menschen ihr Leben selber in die Hand nehmen können
2. Die Ablehnung sozialer Ungleichgewichte zwischen Individuen, sozialen Klassen und Schichten, Völkern, Kontinenten und Generationen und die Ablehnung sozialer Diskriminierung auf der Grundlage von Geschlecht, Ethnie, Religion, sexuelle Orientierung oder politischer Überzeugung
3. Die Notwendigkeit, die natürlichen Lebensgrundlagen (die Naturkreisläufe, Luft, Wasser, Pflanzen und Tiere) und die gesundheitliche und psychosoziale Umwelt jedes Menschen zu bewahren. Wasser, Nahrung, Luft, Energie, Gene, Gesundheit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe sind öffentliche Güter und dürfen nicht als Waren dem privaten Gewinnstreben untergeordnet werden.
4. Vorbehaltlose Ablehnung jeglicher militärischer und wirtschaftlicher Gewalt zur Durchsetzung von Interessen von Teilgruppen. Stattdessen Dialog und Diskurs und demokratische Entscheidungen zur friedlichen Lösung von Konflikten.

Diese Grundsätze bilden den gemeinsamen Kern aller zukunftsorientierten demokratischen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft und sind die Orientierung für angestrebte Veränderungsprozesse und die Basis für Bündnisse und gemeinsames Handeln. Ihre Einhaltung und Verwirklichung bestimmen global, regional und vor allem auf der Ebene der Gestaltung des unmittelbaren Lebensalltags vor Ort die Lebensweise und die Lebensqualität für alle Menschen. Dabei spielen die Kommunen eine besondere Rolle.

Die aktuelle Situation der Kommunen und die notwendigen Veränderungen

Eine wesentliche Aufgabe der Städte und Gemeinden ist es, den Menschen die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben zu gewährleisten. Die reichen Menschen in Reutlingen sind nicht unbedingt auf öffentliche Bibliotheken und Schwimmbäder angewiesen. Aber für die überwiegende Mehrheit der Reutlinger sind günstige Preise für Stadtbuss und Schulmahlzeiten, sowie für Theater und andere kulturelle Veranstaltungen eine Voraussetzung dafür, dass sie am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen können. Nur die Reichen können sich eine arme Stadt leisten.

Die durch politische Entscheidungen herbeigeführte Finanznot der Kommunen in Deutschland ging auch an Reutlingen nicht vorbei, dabei ist aber Reutlingen im landesweiten Vergleich mit einem Schuldenberg von etwa 130 Mio. Euro € im mittleren Bereich.

Die Verschuldung hat ihre Ursache in Weichenstellungen auf den Ebenen von Landes-, Bundes- und Europapolitik. Auf allen diesen Ebenen kämpft die Linke gegen eine Steuer- und Wirtschaftspolitik, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Dieselbe Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte führte zu einem Ausbluten der Öffentlichen Hände und zu einem Abbau des Umfangs und der Qualität der öffentlichen Daseinsfürsorge. Zusätzlich verschärft wird dies in Reutlingen durch den Verzicht auf eine angemessene Gewerbesteuer.

Auch in Reutlingen sind die Belastungen der „einfachen“ Bürger (z.B. durch steigende Gebühren und Eintrittspreise) in den letzten 25 Jahren gestiegen, während die „Reichen“ entlastet wurden. An die Stelle sozial gerechter und guter Daseinsvorsorge trat eine Privatisierungsideologie mit schwerwiegenden Folgen für die Lebensqualität der verarmten Teile der Gesellschaft. Dies führte zu einer den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie gefährdenden Entwicklung, die sich auch in den Kommunen niederschlägt.

Dagegen setzen wir unsere Forderungen:

Die Kommunen müssen so ausgestattet werden, dass eine Teilnahme und Teilhabe für alle Bürger ohne Ansehen von Einkommen und Vermögen möglich ist. Es darf keine weiteren Privatisierungen geben und wir verlangen die Rekommunalisierung der schädlichen und verfehlten Privatisierungsprojekte.

Eine sozial gerechtere Steuerpolitik sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer kämen auch den Kommunen zu Gute.

Außerdem brauchen wir eine Reformierung der Kommunalfinanzierung, so dass die Kommunen einen höheren Anteil an den gesamten Steuereinnahmen erhalten. Auch dafür setzt sich die Linke auf allen politischen Ebenen ein.

Wir befürworten eine Anhebung der Gewerbesteuer in Reutlingen mindestens auf das durchschnittliche Niveau dieser Steuer für vergleichbare Städte in Baden-Württemberg.

Eine solche Steuerpolitik würde die Kommunen nicht nur wieder in die Lage versetzen, allen Bürgern eine qualitativ gute Infrastruktur und attraktive Lebensraumangebote zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Mittel schaffen um Initiativen für die Neuschaffung von zukunftsorientierten ökologischen, sozialen und kulturellen Projekten einer lebenswerten Stadtentwicklung zu starten.

Auch die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an soziale Kriterien wie Tariftreue oder ökologische Auflagen wie Schadstoffreduzierung zu knüpfen. Um die Finanz- und Investitionskraft der Kommunen zu stärken, tritt die Linke für ein Investitionsprogramm ein.

Das sind unsere Schwerpunkte:

Sofortprogramm gegen Armut und Kinderarmut!

Arme Kinder leben in armen Familien. Die Umverteilung von unten nach oben, Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Arbeitsverhältnisse und Lohndumping sind Ursachen für die wachsende Armut und Kinderarmut. Diese ist auch in Reutlingen deutlich spürbar: mehrere Tausend Kinder sind von Armut betroffen. Auch bei uns wird der Graben zwischen Wohngebieten für Wohlhabende und sog. sozialen Brennpunkten tiefer. Der Kampf gegen Armut und Kinderarmut ist uns ein dringendes Anliegen.

Die Zahl der Eltern wächst, die ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen können.

Wir wollen Teilhabe aller statt Almosen. Als Sofortmaßnahmen gegen Armut und Kinderarmut fordern wir für Reutlingen:

- Die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den

kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (Bäder, Stadtbibliothek, Museen, usw.) und die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht. Das bestehende Reutlinger Gutscheinheft muss entsprechend erweitert werden.

- Kinder erwerbsloser oder armer Eltern müssen ein kostenloses Starterset für die Ersteinschulung erhalten. Hier unterstützen wir die Kampagne „Schulbedarfsfonds“, die vom Reutlinger Sozialforum initiiert wird.
- Ein kostenloses Mittagessen in den Schulen und Tageseinrichtungen muss für alle Kinder und Jugendlichen selbstverständlich sein.
- Die Schulbusse müssen für alle Kinder kostenlos sein.
- Die Teilnahme an Klassenfahrten muß allen ermöglicht werden
- Die medizinische Betreuung und Versorgung muss deutlich verbessert werden.

Ausbau von Kindertageseinrichtungen und kostenloser Kindergartenbe such!

Im „Kinderland“ Baden-Württemberg gibt es nach wie vor eine gravierende Unterversorgung bei der qualifizierten zuverlässigen Ganztagesbetreuung und bei den Kindertageseinrichtungen. Der Zuschuss, den das Land Baden-Württemberg den Kommunen zur Finanzierung der Kindertagesstätten zur Verfügung stellt ist unzureichend obwohl inzwischen unbestritten ist, dass gerade im Kleinkindalter die wichtigsten Fundamente für die Persönlichkeitsentwicklung gelegt werden. Somit sind Familien übermäßig mit den Kosten belastet, was für die Eltern schwierige Entscheidungssituationen (z.B. Beruf oder Familie, ungenügende Finanzen) bringt und besonders für die Kinder aus sozial schwächeren Familien mit Nachteilen für ihre Entwicklung verbunden ist.

DIE LINKE. fordert den zügigen Ausbau der Ganztagesbetreuung und der Kindertageseinrichtungen und deren qualitative Verbesserung. Deshalb fordern wir:

- Kostenlose Krippenplätze und gleichwertige Ganztagesbetreuungsangebote für die Entwicklung der Kinder und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und besonders für die wachsende Zahl der Alleinerziehenden. Dazu gehört unter anderem auch ein diskriminierungsfreies Wunsch- und Wahlrecht der Eltern, wie sie ihre Kinder betreut haben wollen
- Kostenlose Kindergärten mit qualifizierter Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen
- Öffnungszeiten der Kindergärten, die die Vereinbarkeit von Arbeit und Kind ermöglichen und Ergänzung durch verlässliche Ganztagesbetreuungsangebote
- Begrenzung der Gruppengrößen auf maximal 21 Kinder bei Einsatz von zwei qualifizierten Fachkräften, um individuell auf Kinder eingehen zu können. Ziel sind die EU-Standards, die eine maximale Gruppengröße von 15 und einen Schlüssel Erzieherinnen-Kinder von 1:8 vorsehen.
- Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Qualifizierte Erzieherinnen und qualifizierte Tageseltern müssen angemessen bezahlt werden, deren Fortbildungsmöglichkeiten müssen verbessert werden.
- *Die verschiedenen Angebote zur Kinderbetreuung sollen vernetzt werden. Vor dem gesellschaftlichen Hintergrund der Flexibilisierung der Arbeitszeit hat die Kommune die besondere Verantwortung, die Kinderbetreuung adäquat zu organisieren, auch die Arbeit von Tagesmüttern muss bezuschusst werden.*

Bessere Schulausstattung und fachliche Betreuung in Ganztageschulen!

Unser Grundsatz in der Bildungspolitik ist »Förderung statt Auslese«. Kein Kind und kein Jugendlicher darf auf Grund seiner sozialen Herkunft im Bildungssystem hängen bleiben. Die

LINKE will das dreigliedrige Schulsystem ersetzen durch integrative Gemeinschaftsschulen bis zur 10 Klasse. Hier ist eine völlig veränderte Landespolitik nötig.

Kommunalpolitisch stehen wir für umfassende Verbesserungen, für die auch genügend Geld bereit gestellt werden muß

- Aufgrund der Unterfinanzierung der Kommunen gibt es auch in Reutlingens Schulen einen Stau dringend nötiger Investitionen. Die Folgen sind für Schüler und Eltern oft eine Zumutung: Verlotterte sanitäre Anlagen, renovierungsbedürftige Klassenzimmer und veraltete Ausstattungen von naturwissenschaftlichen Einrichtungen und EDV-Anlagen.
- Das von der Landesregierung forcierte Projekt ehrenamtlicher Schulbegleiter/innen soll die bestehende Misere übertünchen. Wir lehnen das ab. Stattdessen wollen wir die Betreuung der Schüler/innen durch fachlich ausgebildetes Personal in Ganztageschulen und entsprechende Bildungskonzepte.
- Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören. Alle Reutlinger Schulen brauchen eine Mensa.
- Die Reutlinger Praxis, dass Nachmittagsangebote und Schulessen durch Schulfördervereine organisiert werden, ist eine Übergangslösung. Sie muss abgelöst werden durch eine kompetente Organisation mit tariflich bezahltem Personal. Diese Angebote sind eine wichtige Aufgabe des Schulträgers, die nicht auf ehrenamtliche Kräfte abgewälzt werden darf.
- Darüber hinaus brauchen wir mehr Jugendsozialarbeit und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen.

Gemeinsam mit Elterninitiativen, Schülern und Lehrern engagieren wir uns für kleinere Klassen, für mehr Lehrerstellen und für die Einhaltung der Lernmittelfreiheit in den Schulen.

Sozialökologische Stadtplanung, Ausbau des ÖPNV!

Öffentliche Nahverkehrsmittel wie Bus, Bahn und Stadtbahn müssen aus ökologischen und sozialen Gründen Vorrang haben vor dem Individualverkehr. Daneben müssen die Bedingungen für den Fahrradverkehr in der Stadt attraktiver und sicherer werden. Wir unterstützen Vorschläge für eine Stadtbahn für die Region Neckar-Alb. Der geplanten Achalmtunnel ist eine Scheinlösung und wird zusätzlichen Fernverkehr in unsere Region ziehen.

Die Preisgestaltung des ÖPNV muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere alte und ärmere Menschen sind bei teuren Nahverkehrspreisen in ihrer Mobilität eingeschränkt. Das Fahrrad ist in städtischen Bereichen ein schnelles, billiges, unkompliziertes und ökologisches Verkehrsmittel. In Reutlingen ist der Anteil des Radverkehrs immer noch vergleichsweise gering. Der wesentliche Grund dafür ist ein lückenhaftes und teilweise schlechtes Radverkehrsnetz mit unzähligen Gefahrenstellen.

- Preisgünstigere Angebote bei Bus und Bahn sind notwendig, Job-Tickets, Nulltarif für Kinder und Schüler.
- Die Stadtbusse müssen attraktiver werden. Fahrzeuge, die Rollstuhlfahrern und Eltern mit Kinderwägen den Einstieg zum Kraftakt machen, müssen aus dem Fuhrpark verschwinden. Kürzere Taktzeiten erhöhen die Bereitschaft zur Nutzung von Stadtbuss statt Auto.
- Wir unterstützen die Forderung nach einer regionalen Stadtbahn. Diese löst Verkehrsprobleme beispielsweise im Echaztal und verschiebt das Problem nicht in Form von Umgehungsstraßen in Naherholungs- und Naturschutzgebiete.
- Zu einem sicheren Radverkehrsnetz gehört ein Gesamtkonzept für den Innerstädtischen Bereich, in dem sich Radfahrer und Fußgänger sicher und gleichberechtigt mit dem Autoverkehr bewegen können. Die Idee des „gemeinsam genutzten Raumes“ (Shared Space) von Fußgängern, Radfahrern und Autoverkehr ist auch für Reutlingen vorstellbar.

- Mit Parkraumbewirtschaftung und Abbau von innerstädtischen Parkplätzen soll der „motorisierte Individualverkehr“ möglichst aus der Stadt gehalten werden.

Mehr billige Wohnungen!

Reutlingen hat einen dringenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Mehrere Tausend Familien und Einzelpersonen suchen Wohnungen, die sie bezahlen können. Die „Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft“ (GWG) hat den Bau von Mietwohnungen stark eingeschränkt und macht andererseits mit Neubau von Eigentumswohnungen sogar Gewinne. Wir meinen, die GWG darf sich als soziale Einrichtung nicht ihrer Verantwortung entziehen, mit Hinweis darauf, dass sich das Land Baden-Württemberg seinerseits aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hat.

- Wir wollen mehr kostengünstige Wohnungen durch Neubau und Renovierung bestehender Wohnungen, bevorzugt für Familien, Alleinerziehende und ältere Mitbürger.
- Wohngebiete brauchen Maßnahmen zur Entlastung von Verkehr und Lärm. „Tempo 30“ Schilder alleine reichen nicht, bauliche Maßnahmen müssen folgen.
- Bei der Planung neuer Wohngebiete muss der Aspekt der kurzen Wege zu Arbeitsplatz, Einkaufsläden und Arztpraxis mehr Gewicht haben.
- Neubauten müssen ökologisch und energieeffizient ausgerichtet sein

Kultur und Bildung für alle!

Kulturelle Angebote und Weiterbildungsmöglichkeiten werden von den bürgerlichen Fraktionen meist nur als „Standortfaktor“ erwähnt, um qualifizierte Arbeitskräfte für die regionale Industrie anzulocken. Wir sehen vor allem die soziale Bedeutung von Kultur und Weiterbildung. Auch öffentlich unterstützte Treffpunkte für Jugendliche und ältere Menschen sind ein Teil der Alltagskultur und ein Element der Lebensqualität in der Stadt. Allen Menschen muss es möglich sein, kulturelle Angebote zu nutzen und die vorhandenen Mittel dürfen nicht einseitig auf die Förderung der „hohen“ Kultur konzentriert werden. Kommunale Kulturförderung und die Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten sind auch ein Beitrag gegen die wachsende Kriminalität und Gewalt, sowie gegen das Ausbreiten rechtsradikaler Szenen.

- Wir werden uns beim Bau der Stadthalle gegen jede Form privater Beteiligungen stemmen. Die Stadthalle soll das Kulturleben bereichern und nicht private Anleger und Fonds-Gesellschaften. Das Veranstaltungsangebot muss sich daran orientieren, dass es für alle Bevölkerungsschichten und Geldbeutel erschwinglich ist und nicht an den Profiterwartungen einer Betreibergesellschaft.
- Volkshochschule, Musikschule und ähnliche Einrichtungen müssen bevorzugt gefördert werden, damit sie ihre Gebühren in einem Rahmen halten können, die auch für ärmere Mitmenschen erschwinglich sind.
- Die „Kulturkonzeption“ der Stadt, die Förderung des soziokulturellen Zentrums „Franz K“ und den Ausbau der „Planie22“ als weitere Veranstaltungsräume unterstützen wir. Die Linke unterstützt ausdrücklich den Ansatz der soziokulturellen Initiativen einer demokratischen Kultur, die nicht am Profit orientiert ist und ein „Kultur von unten“ fördert.
- Die Jahresgebühr für die Stadtbücherei muss wieder abgeschafft werden. Jeder soll diese Einrichtung nutzen können.
- Die „Württembergische Philharmonie Reutlingen“ gehört zum Kulturleben Reutlingens und hebt die Stadt auch gegenüber anderen Städten hervor. Bestrebungen des Landes, die Philharmonie „einzusparen“ müssen bei der Stadt auf harten Widerstand stoßen.

Privatisierung stoppen!

Unter der angespannten Finanzlage reagierten viele Kommunen mit dem Verscherbeln von „Tafelsilber“: So wurden kommunale Immobilien, wie zum Beispiel Wohnungen verkauft und private Investoren hinzugezogen für drängende öffentliche Investitionen, wie Schwimmhallenbau. Oder es wurden die kommunalen Stadtwerke an einen Finanzinvestor aus den USA für „100 Jahre vermietet“. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen solche Vorhaben wehren. Kein privater Investor investiert ohne Aussicht auf Rendite. Die oft erzählte Geschichte, dass die „Heuschrecken“ und Haifische von „Public-Private-Partnership“ und „Cross-Border-Leasing“ besser wirtschaften als eine öffentliche Einrichtung, hat ihren Platz bestenfalls in einer Märchenstunde.

- Wir meinen, dass die Bereiche der öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen kein Spielfeld für Finanzhaie sind. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Öffentlicher Personennahverkehr, Wasserversorgung und Entsorgung, die Erhaltung und Pflege öffentlicher Anlagen, Gärten und Parks, u.v.a.m. sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben.
- Auch bei geringfügigeren städtischen Aufgaben, wie zum Beispiel die Reinigung von Schulen und Kindergärten, sind wir gegen eine Privatisierung.

Energiepreise – sozial und ökologisch gerecht gestalten!

Für die Verbraucher wird der Bezug von Energie immer teurer und für viele Haushalte wird es zunehmend schwieriger, die steigenden Energiekosten zu bezahlen.

- Es müssen beim örtlichen Energieversorgungsunternehmen Sozialtarife für Menschen mit geringem Einkommen, kinderreiche Familien und Alleinerziehende geschaffen werden. Möglich wäre zum Beispiel die Befreiung vom Grundpreis bei der Belieferung mit Strom oder Erdgas.
- Die derzeitige Energiepreisgestaltung bestraft sparsamen Energieverbrauch und belohnt mit „Mengenrabatt“ diejenigen, die viel verbrauchen. Dagegen meinen wir, dass sich Energiesparen lohnen muss, und dass die Preisgestaltung das berücksichtigen muss.
- In Zeiten steigender Kosten für Heizöl, Erdgas und Strom sollen die Bürger nicht zusätzlich durch höhere Kosten für Müllabfuhr und Abwassergebühren belastet werden. Diese Gebühren soll die Stadt Reutlingen nicht erhöhen.

Klima schützen, Energie sparen!

Bei immer knapper werdenden Energieressourcen sollten wir versuchen, unabhängig zu werden von Öl- und Gaslieferungen. Keinesfalls darf aber der Ausstieg aus der Atomenergie gestoppt werden, ebenso wie keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden sollen, die unsere Umwelt zusätzlich belasten. Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Wasser, Biomasse oder Wind hilft auch durch Verringerung des CO₂-Ausstoßes das Klima zu schützen.

- Ein Beitrag zum Umweltschutz kann durch den Bezug von Ökostrom für die Gebäude der Stadt Reutlingen geleistet werden. Die Stadt sollte hier dem privaten Energiebezieher mit gutem Beispiel vorangehen.
- Schulen, Kindergärten und die anderen Gebäude der Stadt sollen durch zusätzliche bauliche Maßnahmen energietechnisch auf den neusten Stand gebracht werden. Durch Investitionen in bessere Dämmung, neue Fenster und effizientere Heizanlagen kann viel Energie eingespart werden. Gleichzeitig kommen diese Investitionen dem örtlichen Baugewerbe zugute.

- Die Stadtwerke müssen von Strom- und Gasverkäufern zu Energiedienstleistern umgebaut werden, so dass sie verpflichtet sind, durch intelligente Konzepte und Angebote an die Bürger ökologische Fortschritte (z.B. Energiesparen, Co2 Einsparungen, dezentrale Energieerzeugung, Blockheizkraftwerke und Kraftwärmekoppelung...) zu initiieren und voranzutreiben.

- **Direkte Demokratie wagen!**

Die Bürger brauchen mehr Einflussmöglichkeiten auf kommunale Entscheidungen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind zu erleichtern. Die öffentliche Beratung von kommunalen Haushalten und die Beteiligung der Bevölkerung an wichtigen Haushaltsentscheidungen ist zu ermöglichen (Beteiligungshaushalte). Die Linke tritt ein für die direkte Wahl der Landräte, für die Einführung von Bürgerentscheiden in Landkreisen, für kürzere Amtszeiten von Bürgermeister und Landräten.

Auch Mitbürger ohne EU-Pass sollen die gleichen demokratischen Rechte haben und das kommunale Wahlrecht ausüben dürfen. Solange Menschen, die seit Jahren hier leben und arbeiten, auf Grund ihrer Herkunft benachteiligt werden, haben Neonazismus und Rassismus in der Gesellschaft einen strukturellen Nährboden.